

Beiträge ÖkoLinX-ARL

Wortprotokoll

über die

37. Plenarsitzung

der Stadtverordnetenversammlung

am Donnerstag, dem 14. Oktober 2004

(16.01 Uhr bis 23.51 Uhr)

7. Bebauungsplan Nr. 837 - Bockenheimer Anlage/Rothschildpark hier: Aufstellungsbeschluss - § 2 (1) i.V.m. § 12 BauGB Beschluss zur öffentlichen Auslegung - § 3 (2) BauGB	57
Vortrag des Magistrats vom 24.09.2004, M 186 <u>hierzu:</u> Antrag der FAG vom 08.10.2004, NR 1561 <u>hierzu:</u> Anregung des OBR 2 vom 13.10.2004, OA 1727	
Stadtverordneter Jochem Heumann, CDU:	57
Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG:	59
Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne, PDS:	62
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:	63
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:	64
Stadtverordneter Stefan Majer, GRÜNE:	66
Stadtverordneter Klaus Sauer, REP:	68
Stadtrat Edwin Schwarz:	69
8.1 Beteiligung der Stadt Frankfurt am Main zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft nach § 44 b Sozialgesetzbuch II	71
Vortrag des Magistrats vom 24.09.2004, M 187 <u>hierzu:</u> Antrag der PDS vom 05.10.2004, NR 1550 <u>hierzu:</u> Antrag der PDS vom 11.10.2004, NR 1563 <u>hierzu:</u> Antrag der PDS vom 12.10.2004, NR 1564	
8.2 Hartz IV: Kein Abbau regulärer Arbeitsplätze durch Ein-Euro-Jobs.....	71
Antrag der PDS vom 31.08.2004, NR 1487	
8.3 Hartz IV: Keine Zwangsumsiedlung von Langzeitarbeitslosen	71
Antrag der PDS vom 31.08.2004, NR 1488	
8.4 Keine rechtswidrigen Maßnahmen bei der Umstellung auf das Arbeitslosengeld III!	71
Antrag der GRÜNEN gemäß § 17 (3) GOS vom 08.10.2004, NR 1562	
Stadtrat Franz Frey:	72
Stadtverordneter Rudi Baumgärtner, SPD:	80
Stadtverordneter Marcus Bocklet, GRÜNE:	81
Stadtrat Franz Frey:	83
Stadtverordneter Heiner Halberstadt, PDS:	84
Stadtverordnete Hildegard Krauß, CDU:	86
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:	88
Stadtverordnete Jutta Dittfurth, ÖkoLinX-ARL:	90
Stadtverordneter Yanki Pürsün, FDP:	93
Stadtverordneter Michael Langer, REP:	95
Stadtverordnete Jutta Dittfurth, ÖkoLinX-ARL:	97
Stadtverordneter Uwe Becker, CDU:	97
Stadtverordnete Jutta Dittfurth, ÖkoLinX-ARL:	98
Stadtverordneter Lutz Sikorski, GRÜNE:	99

kommen. Merken Sie denn nicht, dass über diese Schiene sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze ersetzt werden?

Hartz IV, das muss man ganz klar sehen, ist ein Generalangriff auf die Lebenslage der Mittelschicht. Es ist kein Generalangriff auf die Lebenslage der Sozialhilfeempfänger, es ist ein Generalangriff auf die Lebenslage der Mittelschicht, die sich entweder in diesem Hartz IV verfängt oder davon bedroht sieht. Wo da etwas Gutes herauskommen soll, wenn die Mittelschicht geschlachtet wird, das weiß ich nicht. Eines ist klar, wenn die Mittelschicht zerstört wird, ist die Demokratie gefährdet. Das ist der Punkt, mit dem Sie sich auseinander setzen müssen, mit dem ich es mir sehr schwer mache und mit dem Sie es sich auch sehr schwer machen sollten.

Danke schön!

(Beifall)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher Ulrich Baier:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Ditfurth. Bitte schön!

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-
ARL:**

Schönen guten Abend!

Das Erste, was ich sagen möchte: Ich teile meinen Redebeitrag in zwei Teile. Der erste Teil ist nicht einfach und ist eine Auseinandersetzung mit diesem so genannten kleinen Vierer - PDS, E.L., FAG und BFF -, dem Bündnis, das es hier im Haus neu gibt, obwohl bestritten wird, dass es das gibt. Der zweite Teil ist eine Auseinandersetzung mit dem, was der Magistrat mit seiner Vorlage macht.

Ich will mit einigen kurzen Bemerkungen zu den Anträgen der PDS anfangen. Die Anträge der PDS sind zum Teil ziemlich sonderbar. Es gibt eine ganze Reihe von Anträgen, die in etwa einer Woche oder 14 Tagen aufgelaufen sind. Manche Passagen, die den gleichen Gegenstand betreffen, haben binnen weniger Tage merkwürdige Anpassungsprozesse durchlaufen.

Zum Beispiel der Antrag NR 1550. Im zweiten Punkt wollte die PDS-Fraktion den Magistrat eigentlich beauftragen, die Verträge und Vereinbarungen mit der Bundesagentur für Arbeit neu zu verhandeln. Ziel: Kooperation, soziale Verantwortung der Stadt Frankfurt, Interessen der Betroffenen und so weiter, also sehr viele Bedingungen. Sechs Tage später enthält der Antrag NR 1563 keine dieser Kriterien mehr, sie sind alle abgestürzt. Da ist keine Rede mehr von einer breiten öffentlichen Diskussion und Anhörung von Gewerkschaften, freien Trägern, Wohlfahrtsverbänden und so weiter.

Mit dem Antrag NR 1564 latscht man wieder einmal in die reformistische Falle, denn dieser PDS-Antrag geht davon aus, dass es die privatisierte GmbH, die Arbeitsgemeinschaft gibt. Er setzt es voraus, streicht gewissermaßen diese Folterkammer namens Arbeitsgemeinschaft bunt an, als ob ihr damit die Disziplinierung, Zerstörung von persönlicher Freiheit und Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen - darum geht es in diesem Antrag -, mildern könntet. Der PDS-Antrag NR 1487 ist ein Hammer. Die PDS lehnt darin nur noch die Ausweitung von Ein-Euro-Jobs über den bisherigen Umfang im Rahmen des Bundessozialhilfegesetzes § 18 folgende ab. Das heißt, die Zwangsarbeit samt Demütigung und Rausschmiss aus dem Hilfebezug bei Verweigerung wird plötzlich von der PDS nicht mehr in Frage gestellt. Man geht immer Schritt für Schritt mit der Entwicklung mit. Später können Historiker an diesem Beispiel einmal herausfinden, wie es mit der Rechtsentwicklung ist.

Die geballte Dummheit im zweiten Absatz: Die Stadt soll sicherstellen, dass durch die Einrichtung von Ein-Euro-Jobs keine tariflich entlohnten Arbeitsplätze abgebaut werden. Schon einmal etwas von struktureller Entwicklung gehört, in der diese Art von naivem Einzelnachweis so wenig möglich ist, wie der Nachweis, von welcher Zigarette der Lungenkrebs stammt? Im dritten Absatz schließt sich die offene Zustimmung der PDS zu Ein-Euro-Jobs. Sie sollen befristet werden, ansonsten gibt es da offensichtlich nichts mehr daran zu rütteln.

Was ist das für ein Spiel? Ich habe mir lange überlegt, was das soll.

Wir haben auch intern diskutiert und gestritten, es ist für mich nichts dabei herausgekommen. Die PDS beklagt sich über die Benachteiligung der Opposition, und hat damit natürlich inhaltlich Recht. Was hier im Haus herrscht, ist eine Diktatur von Parteipolitikern der Viererbande, die glauben, ihnen gehöre das Parlament, das wissen wir alle.

Stellvertretender

Stadtverordnetenvorsteher Ulrich Baier:

Frau Ditfurth, mit dem Ausdruck „Bande“ müssen Sie sich etwas zurückhalten, sonst muss ich Sie rügen.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:
(fortfahrend)

Das ist ungefähr eine Million Mal in diesem Haus gesagt worden, und es sollte für alle gleichermaßen gelten. Wenn es andere sagen, kann ich es auch sagen.

Wie gesagt, ich habe es intern zimal angesprochen und gebe jetzt auf. Am 29. September 2004 haben FAG, PDS und leider auch die Europa-Liste eine gemeinsame Pressekonferenz mit der rechtsextremen BFF veranstaltet. Unter uns sehr verschiedenen Linken spreche ich jetzt Klartext über etwas, was mir ziemlich an die Nieren gegangen ist: Dieses immer wieder auftauchende Bündnis zwischen PDS und der rechtextremen BFF, das gemeingefährlich völkische populistische Hintertürchen, das die PDS manchmal aufmacht, hat im Osten des Landes - gerade beim Thema der Auseinandersetzung um Hartz IV, um Agenda 2010 und schon zuvor -, bereits Teile der Bewegung gegen die Zerstörung des restlichen Sozialstaates vergiftet. Siehe Montagsdemos in manchen Städten oder siehe auch die Kooperation der PDS in Dresden und anderswo mit der Nationalen Offensive oder mit Kreisen um die NPD.

Ein „kleiner Vierer“ hieß es in manchen Medien. Unwiderrspochen konnte Wolfgang Hübner im Nazijargon auf dieser Pressekonferenz sagen - ich fand, das war kein Lapsus, das war ein ziemlicher Hammer -, das Parlament, an dem ich, wie Sie alle wissen, harte Kritik habe, die ich auch immer sage, sei „verwahrlost“. Das kenne ich als historisch

interessierte und arbeitende Frau als Nazijargon und als nichts anderes.

(Beifall)

Auf einer Pressekonferenz mit Sozialisten darf so etwas nicht gesagt werden, ohne dass es anschließend Folgen hat. Aber Sozialisten sollten auch an Pressekonferenzen mit Rechtsextremen nicht teilnehmen. Ich finde das obszön. Soll das bei Wahlen helfen? Dann wäre das, liebe PDS, ein ziemlich hoher Preis! Heiner Halberstadt, der Fraktionsvorsitzende der PDS, behauptete in einer Presseerklärung, der Eindruck sei falsch, es werde keine Kooperation zwischen PDS und BFF angestrebt. Das ist richtig, es gibt sie schon, jedenfalls punktuell. Auch im Bündnis gegen das Cross-Border-Leasing, - an dem wir vor allem deshalb nicht teilnahmen, weil Attac Rechtsextreme erst nach furchtbar langer Auseinandersetzung, mit nur schrecklich knapper Mehrheit, ausschloss -, gab es eine Kooperation zwischen BFF und PDS. Auch da wurde mir schlecht. Ich habe gedacht, die machen einmal den Fehler und dann nicht noch einmal.

In den Kommunalwahlkämpfen und Kommunalwahlprogrammen von 1997 und 2001 haben Hübner und die BFF bewiesen, dass sie rechtsextrem sind. Aus Zeitgründen lasse ich die inhaltlichen Beispiele weg. Ich liefere sie in einem persönlichen Gespräch oder später gerne nach.

Jetzt komme ich zu dem Punkt, den ich als Beispiel bringen möchte, vielleicht, weil ich naiv bin, und die Hoffnung habe, dass manche Leute etwas begreifen. Auf der Website von Attac bestritt Wolfgang Hübner am 4. August 2003, dass er ein „Kampf- und Weggefährte“ Horst Mahlers sei oder war. Aber Hübner und die BFF arbeiteten 1998/1999 für einen „Volksentscheid über die generelle doppelte Staatsbürgerschaft“ zusammen. Das ist ein Zitat, wir würden das anders nennen. Manche von Ihnen erinnern sich wahrscheinlich an diese widerwärtige rassistische Kampagne. Mit dieser, schreibt Herr Hübner auf seiner Website, „nahm der damals noch keineswegs ins extreme Abseits geratene Horst Mahler Kontakt auf“. Das ist eine doppelte Lüge. Wahr ist: Spätestens 1997 - für alle, die überhaupt schauen können, für Antifaschisten, die informiert sind,

schon Jahre vorher - hat sich Mahler selbst als Faschist geoutet. 1998 trat er mehrfach als Referent bei der NPD auf, um dann später einzutreten und bei vielen anderen unterschiedlichen faschistischen Organisationen in Deutschland und Österreich aufzutreten. 1999 galt Mahler in Nazikreisen als Integrationsfigur und brauner Hoffnungsträger. Er redete von einer „Ausschwitzkeule“, die die Lebensinteressen des deutschen Volkes bedrohe. Er hetzte gegen „Überfremdung“, verteidigte Hitler und sagte, dass das jüdische Volk der „Feind der Deutschen“ sei.

Ich möchte Sie mit einem vertraulichen Dokument bekannt machen. Ich sage auch gleich, es hat eine Unterschrift und ich bin bereit, es zumindest demokratischen Leuten zu kopieren. Ich möchte mit diesem Dokument eine tatsächliche - von Herrn Hübner bestrittene - Zusammenarbeit mit Horst Mahler belegen. Aus diesem Protokoll der Frankfurter Initiative von einer Sitzung vom 13. und 14. März 1999 geht Folgendes hervor: Zu den aktiven Teilnehmern dieses Bündnisses - des Bündnispartners von FAG, Europa-Liste und PDS - gehörten unter anderen Horst Mahler, Annemarie Paulitsch, die NPD-Vorsitzende in Offenbach wurde und Wolfgang Hübner als Versammlungsleiter. Herr Mahler nimmt nicht einmal eben „Kontakt“ auf, er war laut Protokoll, unterschrieben von Annemarie Paulitsch, dort involviert. Es wurde über Vernetzung diskutiert, über strategische Ziele und wie man gegen das Einwanderungsgesetz, die Reste des Asylrechts und gegen den Doppelpass vorgehen kann. Man beschloss, gemeinsam einen Verein zu gründen, mit dem Vereinsnamen „Wir sind das Volk“. Die Betonung liegt wohl auf „wir“. 1999 schon wurden Montagsdemonstrationen geplant. Horst Mahler übernahm das Juristische, die Satzungsentwürfe für den Verein und Demoanmeldungen. Er kam da nur einmal vorbei, da macht man das wohl so. Bei der Pressearbeit, laut Protokoll, denkt man auch an die Junge Freiheit. Mahler, Mechttersheimer und Hübner sollen „gemeinschaftlich die Publikationsorgane harmonisieren“. Wie man sieht, hat Horst Mahler keineswegs unverbindlich mit Herrn Hübner Kontakt aufgenommen.

Und, schon vergessen hier im Haus, ich habe es jedenfalls nicht vergessen, seine Verteidigung von Herrn Hohmanns Antisemitismus?

Alles offensichtlich egal. Im Dezember 1998 hatte die faschistische Junge Freiheit angekündigt, dass Herr Hübner und die BFF eine Initiative in Frankfurt gründen, die auch das Ziel hat, „Bündnisse zu schmieden“. Das ist Teil der so genannten Quer-Front-Strategie in der Naziszene; Eingeweihte werden wissen, was damit gemeint ist. Was die PDS und die FAG und leider auch die Europa-Liste angeht, ist diesmal hier ein „Bündnis“ gelungen.

Stellvertretender

Stadtverordnetenvorsteher Ulrich Baier:

Frau Ditfurth, kommen Sie bitte zum Ende Ihrer Rede.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:
(fortfahrend)

Ich komme gleich zum Ende. Jetzt lasse ich einiges weg und bringe es in meinem späteren Beitrag. Ich sage nur, mir wird schlecht, und es kommt dabei kein sozialer Fortschritt heraus und kein Kampf gegen Sozialabbau, wenn man völkische Bündnisse mit Rechts-extremen eingeht.

(Beifall)

Stellvertretender

Stadtverordnetenvorsteher Ulrich Baier:

Frau Ditfurth, Sie haben am Anfang auf die Anträge der PDS-Fraktion Bezug genommen und haben dann einen großen Exkurs gestartet. Ganz streng genommen, hatte das mit dem Thema Hartz IV nicht viel zu tun.

(Beifall, Zurufe)

Sie können darauf in Ihrem zweiten Redebeitrag noch einmal Bezug nehmen.

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Stadtverordneten Pürsün, dann kommt Herr Stadtverordneter Langer und dann Frau Stadtverordnete Ditfurth, mit dem zweiten Teil ihrer Rede.

Stadtverordneter Michael Langer, REP:
(fortfahrend)

Dass wir bei Ländern, in denen wir zwar nicht die Bundeswehr im Einsatz haben, aber dann nach dem Krieg hergehen und sagen, wir tragen substanzial zur Entschuldung zum Beispiel des Irak bei, der alleine in Deutschland über fünf Milliarden Euro Schulden hat. Eines der reichsten Länder der Welt - nebenbei bemerkt -, die sitzen nämlich auf jeder Menge Öl, den zweitgrößten Ölreserven der Welt. Da frage ich Sie: Wo soll diese Politik hinführen und vor allem, wovon sollen die Menschen in Deutschland denn eigentlich noch leben? Der Staat wird sie nicht versorgen können, wenn er immer mehr Beamte einstellt oder auch Angestellte, die das Versorgungschaos und die ständigen Reduzierungen der staatlichen Leistungen immer noch sehr aufwändig verwalten müssen, weil sie noch ein Formular entwerfen, mit dem man versucht, ob der gute Mann nicht doch noch einen Ring von der Großmutter in der Schublade liegen hat, den man ihm erst einmal zur Verwertung anempfehlen kann, bevor er Sozialhilfe bekommt. Dann, meine Damen und Herren, frage ich Sie allen Ernstes, wo ist da das Konzept, wo ist die Reform und wo ist letztendlich die Lösung. Die Ein-Euro-Jobs sind es nicht, wir haben es gehört, zirka 40.000 Menschen werden hier in Frankfurt betroffen sein. Der Herr Stadtrat hat gesagt, wir haben dann ungefähr 2.000 Ein-Euro-Jobs und wir streben an, daraus 4.000 zu machen. Na bravo. Ich glaube, da brauchen Sie nachher nicht einmal mehr jemanden zu zwingen, solch einen Job anzunehmen. Bei dem Kräfteverhältnis werden sich sicherlich genügend Freiwillige finden. Aber, meine Damen und Herren, da sollte man flexibler sein und die Männer, ganz im Sinne unseres Gender-Mainstreaming, hier nicht einseitig diskriminieren, sondern auch als Hostessen einsetzen.

Ich danke Ihnen!

(Beifall)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher Ulrich Baier:**

Als Nächste hat Frau Stadtverordnete Ditfurth das Wort.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:

Ich war auch vorhin beim Thema, und wie ich das Thema aufziehe, ist absolut meine Angelegenheit. Es ist mir völlig klar, dass diejenigen, die auf Bundesebene oder Frankfurter Ebene diese Maßnahmen durchsetzen, das gerne klein halten, damit man keine Beziehung mehr herstellt, die eine andere Betrachtungsweise erlaubt.

Ich beziehe mich auf den Magistratsvortrag M 187. Der Caritasdirektor, Hartmut Fritz, sagte völlig zu Recht, mit Hartz IV wird die Armutsrutsche steiler gestellt. Das ist eine ziemlich zutreffende Metapher. Tarifverträge werden ausgehebelt, indem die rot-grüne Bundesregierung Arbeitslose zwingt, Arbeitsplätze auch dann anzunehmen, wenn die Löhne - von wegen also, es schafft keinen normalen tariflichen Arbeitsplatz ab - um 30 Prozent unter Tarif liegen. Nur darunter soll man noch nicht! Das kommt dann auch noch! Arbeitslose können von staatlicher Hilfe nicht mehr leben, nun zwingt man sie mit Ein-Euro-Jobs in einen neuen Reichsarbeitsdienst. Hartz IV ist staatlich verordnete Zwangsarbeit, aber das Bürgertum ...

(Zurufe)

Ja, ja, blöken Sie nicht so rum. Das ist das Einzige, was Sie können ...

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher Ulrich Baier:**

Einen kleinen Moment, bitte. Es gibt eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung. Ich habe nichts verstanden, Herr Becker, weil es zu viel Trubel gab.

Stadtverordneter Uwe Becker, CDU:

Im Regelfall ist Frau von Ditfurth es nicht wert, dass man deswegen den Ältestenausschuss einberuft. Aber wenn sie hier von

Reichsarbeitsdienst spricht, ist es höchste Zeit und ich bitte, dass wir uns im Raum 310 zusammenfinden.

(Beifall)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher Ulrich Baier:**

Es ist beantragt, den Ältestenausschuss einzuberufen. Ich unterbreche die Beratung und berufe den Ältestenausschuss ein.

**(Unterbrechung der Beratungen von
23.23 Uhr bis 23.40 Uhr)**

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher Ulrich Baier:**

Die Sitzung des Ältestenausschusses ist zu Ende. Ich eröffne die Plenarsitzung wieder. Ich wiederhole als Ergebnis der Sitzung des Ältestenausschusses, dass Herr Bührmann als Vorsitzender die Äußerungen von Frau Ditfurth gerügt hat. Ich füge hinzu, dass durch Herrn Becker unterbrochen worden war, ich dieser Unterbrechung stattgegeben hatte und Frau Ditfurth für den Rest ihrer Redezeit, es handelt sich um achteinhalb Minuten, das Wort hat. Bitte!

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-
ARL:**

Ich möchte nur sagen, dass ich unter den Bedingungen von politischer Zensur diese Rede nicht zu Ende bringen werde und ...

(Beifall)

stelle hiermit fest, dass Sie zu schwach und zu feige sind, sich politisch auseinanderzusetzen und Sie deshalb zu solchen Mitteln des Abstrafens greifen müssen.

(Zurufe)

Sie hätten immer noch bewerten können, ob meine Argumentation, meine Metapher, mein historischer Vergleich daneben ist, die Begründung sollte ja erst noch kommen. Dazu sind Sie nicht in der Lage. Ich lasse mich von Ihnen - die Versuche waren vorhin deutlich -

und von niemandem dazu zwingen, mich zur Debatte um die Sozialdemontage, um die Agenda 2010 und um Hartz IV, auf die Fragestellung, die Sie alle hier diskutieren wollen - und nur diskutieren wollen - zu beschränken, dass ich nur noch darüber rede, wie das sozialtechnisch in Frankfurt umgesetzt wird und ob diese oder jene kleine Verwaltungsmaßnahme besser oder schlechter ist. Auf der Ebene rede ich nicht, dafür bin ich nicht gewählt worden, sondern ich will die Sachen politisch beurteilen. Ich bin keine Technokratin und schon gar keine bürgerliche.

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher Ulrich Baier:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, deshalb schließe ich die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt. Ich lasse nunmehr über die mit dem Ausschussbericht vorgelegte Empfehlung abstimmen, die auch in der ausgelegten Tagesordnung I vom 14.10.2004 von Seite vier bis sechs ausgedruckt ist. Sie können das alle nachlesen. Anschließend werde ich über die Vorlage NR 1562 getrennt abstimmen lassen.

Der Ausschussbericht lautet wie folgt: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: 1. Der Vorlage M 187 wird in der vorgelegten Fassung zugestimmt. 2. Die Vorlagen NR 1550, NR 1563 und NR 1564 werden abgelehnt. 3. Der Absatz eins der Vorlage NR 1487 wird abgelehnt. Die Absätze zwei und drei der Vorlage NR 1487 werden dem Magistrat zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen. 4. Die Vorlage NR 1488 wird dem Magistrat zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen.“ Wer diesem Ausschussbericht unter Berücksichtigung des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion in den Ausschüssen beziehungsweise den schriftlich vorliegenden Voten der in den Ausschüssen nicht stimmberechtigten Fraktionen zuzustimmen wünscht, den bitte ich nun um das Handzeichen. (Geschieht). Wer stimmt dagegen? (Geschieht). Wer enthält sich? (Geschieht). Damit ist der Ausschussbericht einstimmig angenommen worden.